



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

542 (29.11.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-194588](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-194588)

Wannheimer General-Anzeiger

Druckpreis: In Mannheim u. Umgegend monatl. einbl. 30, 1.70 für Bringerlehn u. Einzelnummern 10. —
Verlags- und Druckerei: Dr. G. W. Mannheimer, Mannheim, Hauptstraße 1. u. 2. u. Nr. 297. Telefon 2111. Die Druckerei befindet sich in Mannheim, Hauptstraße 1. u. 2. u. Nr. 297. Telefon 2111. Die Druckerei befindet sich in Mannheim, Hauptstraße 1. u. 2. u. Nr. 297. Telefon 2111.

Babische Neuzeit Nachrichten

Druckpreis: In Mannheim u. Umgegend monatl. einbl. 30, 1.70 für Bringerlehn u. Einzelnummern 10. —
Verlags- und Druckerei: Dr. G. W. Mannheimer, Mannheim, Hauptstraße 1. u. 2. u. Nr. 297. Telefon 2111. Die Druckerei befindet sich in Mannheim, Hauptstraße 1. u. 2. u. Nr. 297. Telefon 2111.

Vor dem letzten Kampf.

Der „diplomatische Sieg Polens“. — Die Aussichten der Polen. — Französisch-polnisches Zusammenarbeiten.

(Von unserm oberösterreichischen Mitarbeiter.)

Bruch, 28. November.

Während im Reich die letzten Vorbereitungen getroffen werden, um mehrere Hunderttausend fern der Heimat wohnende gebürtige Oberschlesier ins Abstimmungsgebiet zu führen, wird in Oberschlesien selbst der Kampf mit erhöhter Energie, verdoppelter Kraftanstrengung, aber auch mit vermehrter Leidenschaft geführt. Zwar trennen uns noch eine Reihe von Wochen zum Entscheidungstage. Nachdem jedoch bekannt geworden ist, daß die Abstimmung aller Wahrscheinlichkeit nach schon im kommenden Januar stattfinden wird, ist es hier selbst, als ob das letzte Ringen um die Frage, ob polnisch oder deutsch, bereits begonnen hat.

Dieser letzte Kampf vor der Volksabstimmung dreht sich um drei Hauptforderungen der Polen. Sie wollen einmal, daß die Abstimmung möglichst bald stattfinden. Warum? Die Gründe hierfür liegen auf innen- wie auch auf außenpolitischem Gebiete. Die Polen befürchten, daß in absehbarer Zeit der wirtschaftliche Zusammenbruch ihres Landes erfolgt. Schon jetzt macht sich ein namenloses Elend jenseits der Grenze breit. Der polnische Staat, der mit einer glänzenden künftigen Verpflegung Oberschlesiens Propaganda machen ließ, kann es heute nicht mehr verschleiern, daß sein eigenes Volk nicht mehr ernähren kann und daß man dort sehnsüchtig auf das in Rumänien gekaufte Getreide wartet. Mit dem nahenden wirtschaftlichen Zusammenbruch Polens würde sich naturgemäß die Aussicht der Polen in dem Abstimmungsstempel verschlechtern. Außenpolitisch betrachtet, liegt den Polen an einer baldigen Abstimmung deshalb, weil sie mit dem nahenden Frühjahr mit neuen politischen Wortsätzen rechnen, die wiederum selbst weite politische Kreise Oberschlesiens veranlassen würden, anstatt für Polen für Deutschland zu stimmen. Endlich aber liegt den Polen an einer baldigen Abstimmung deshalb, weil sie die im Reich wohnenden Oberschlesier fürchten, diese die Abstimmung in den härtesten Winter, dann hoffen sie, daß dieser Zugzug von stimmberechtigten Oberschlesiern weniger groß sein wird. Aus diesem Grunde haben sie denn auch die anstehende Festschreibung des Wahltermins für einen Tag im Januar als einen „großen diplomatischen Erfolg Polens“ angesehen. Das in Wien erscheinende polnische Korrespondenzorgan, der „Standard Polak“, schrieb vor einigen Tagen in diesem Sinne triumphierend:

Die Festsetzung des Abstimmungstermins für Ende Januar, also für die Mitte des Winters, die den Deutschen die massenhafte Übersiedelung der sogenannten Oberschlesier aus Deutschland erschweren wird, ist eine diplomatische Niederlage Deutschlands.

Hieraus mag hervorgehen, wie sehr man diese oberösterreichische Hilfe aus dem Reich fürchtet. Und diese Worte mögen für alle Oberschlesier im Reich die Mahnung sein, nun erst recht und geschlossen in die Helmut zur Abstimmung zu eilen: ... und trübt der Winter noch so sehr ...

Einer der polnischen Geistlichen, der durch Monate hindurch für Polen in Oberschlesien agitierte, erklärte dem „Kurjer Polanski“ die Voraussetzungen, unter denen ein Abstimmungsbesitz Polens denkbar wäre. Auch er betonte die Wichtigkeit einer baldigen Abstimmung für Polen und er hält außerdem einen polnischen Sieg nur für möglich:

1. wenn an der Volksabstimmung die „Emigranten“ nicht teilnehmen,
2. wenn die Volksabstimmung zonenweise stattfinden würde, das heißt, wenn zuerst die unschweren Industriegebiete abstimmen würden und dann erst die übrigen Kreise.

Das sind auch zugleich die Punkte, um die sich jetzt der Kampf in der oberösterreichischen Heimat, im hiesigen Entente-Jenium, in Opatowitz und schließlich auch in Paris dreht. Der polnische Geistliche erklärte in dem genannten polnischen Blatte, daß „sehr ernste und offensichtliche Erscheinungen vorzuziehen sind, daß das, was wir wünschen, sich nicht verwirklichen wird“. Zahlreiche Volksversammlungen in Oberschlesien stellen in Telegrammen an General Berond die Forderung der Polen auf, daß die gebürtigen Oberschlesier, die im Reich wohnhaft sind, nicht zur Volksabstimmung zugelassen werden sollen. Man vergißt, daß es sich um klare Bestimmungen des Friedensvertrages handelt, an denen nicht zu rütteln ist. An dem Friedensvertrage haben aber die polnischen Politiker bekanntlich auch nicht mitgearbeitet, dafür an den Polen betreffenden Bestimmungen polnische Staatsmänner! Und diese waren es selbst, die das Abstimmungsrecht aller Oberschlesier forderten und im Friedensvertrage von Versailles festlegen ließen! Ein Recht, das jetzt den Polen, nachdem ihre Aussichten erheblich gesunken sind, heute her ansehene Krakauer „Illustr. Kurj. Codzienna“ in einem Leitartikel:

Die Deutschen (die Abstimmungsberechtigten) werden nach Oberschlesien kommen und werden auf speziellen Wunsch der polnischen Delegation in Paris an die Wahlurne treten. Gerade die polnische Delegation hat die Zuerkennung des Stimmrechtes an die Polen verlangt, die in Oberschlesien geboren, das Land aber als Fremde verlassen haben. Und wer war das? Die Herren Romanowitsch, Baryatinski und andere. Wozu ließen sie sich leiten, als sie diese Forderung aufstellten?

Somit erinnert man sich natürlich bereits dieser Tatsache, daß man „ernst und respekt“ sie durch gesteigerte Bekämpfung müssen, daß die Herren Polen ihr Möglichstes tun werden, um auch diesen Wunsch der Polen zu erfüllen. So „agitiert“ (also so fantasiert) und die polnische Regierung, die von Frankreich unterstützt wird, machen die größten Anstrengungen. Hier liegt ein Geheimnis, das festgehalten werden verdient. Korfanti wird von Frankreich unterstützt. Dieser Tatsache allein hat er es wohl auch zu verdanken,

wenn er vor wenigen Tagen in Rosenberg eine Rede halten konnte, die an Verherrlichung alles uerwaltet, was sich die Polen jemals an Aufregung zu Gewalttätigkeiten geestigt haben. Wenn deutsche Klätter bisher die polnisch-französische Harmonie festhielten, wurden sie mit einem Verbot bestraft. Hier aber ist es ein führendes polnisches Organ, das ungeniert die gleiche Tatsache öffentlich ausspricht! In dem Handlungsbild des französischen Generals Le Rond mit Korfanti liegt die Ursache der polnischen Abstimmungs-polizei, der jetzt angeordneten Ausweisung der deutschen Beamten der blauen Polizei und die Ursache noch mancher anderen Maßnahmen, die die Aussichten des Deutschtums schmälern und die Chancen der Polen steigern sollten.

Weshalb jetzt es mit der letzten polnischen Forderung nach einer zonenweisen Abstimmung. Auch diese Forderung zeigt nur die Schwäche des Polentums. Man möchte zunächst dort abstimmen lassen, wo die Ursachen noch unter dem Terror des August-Aufstandes liegen. In diesen Gemeinden sind noch nicht überall wieder die vertriebenen deutschen Beamten eingesetzt, in einzelnen Schulen ist auch jetzt noch der Unterricht nicht voll aufgenommen, General Le Rond's September-Wort, daß erst die Verhältnisse geschaffen werden müßten, die vor dem Aufstand bestanden, ehe an die Abstimmung gegangen werden könne, ist bisher nicht eingelöst worden. Dort also müßten die Polen zuerst abstimmen lassen, um mit diesem Ergebnis dann in der nächsten Zone Propaganda machen zu können. Davon kann keine Rede sein! Wie es ein ungeteiltes Oberschlesien gibt, so verlangt das oberösterreichische Volk auch eine ungeteilte und unzergliederte Abstimmung.

Scheitern diese polnischen Forderungen, liegt das Recht, wird dem klaren Willen des Versämler Friedensvertrages keine Gewalt angetan, läßt man unseren Landeseuten im Reich das Abstimmungsrecht, dann wird der Sieg unser sein! Doch unsere Landeseute im Reich die Beschwerden einer Reise auch im härtesten Winter nicht scheuen werden, daran zweifelt hier niemand. Überall, in Stadt und Land, werden die letzten Vorbereitungen getroffen für eine herrliche Aufnahme der Landeseute. Seite an Seite mit ihnen wird dem Reich Oberschlesien in einem ehrlichen Abstimmungsstempel erhalten werden!

□ Berlin, 29. Novbr. (Von unserm Berliner Büro.)

Der nach französischen Meldungen bei den Besprechungen in London aufgetauchte Plan, die Abstimmung der nicht in Oberschlesien ansässigen Oberschlesier in Köln vorzunehmen, bezogen in hiesigen politischen Kreisen scharfsten Widerspruch. Ganz abgesehen von den unüberwindlichen technischen Schwierigkeiten dieses Planes, steht er auch mit den Bestimmungen des Friedensvertrages in Widerspruch. Die Befürchtung liegt außerdem allzu nahe, daß die Entente und besonders Frankreich, das Ergebnis der getrennten Abstimmungen dazu benutzen würde, um eine für Deutschland ungünstige Folgerung zu ziehen, indem es nur das Abstimmungsergebnis in Oberschlesien selbst maßgebend erklären würde.

Die Londoner Besprechungen.

England befürwortet die Rückkehr König Konstantins.

London, 29. Nov. (WB.) Im Zusammenhange mit den Besprechungen der alliierten Minister überreichte Lord Curzon dem französischen Vertreter gestern ein Schreiben, das die von Frankreich gegenüber Griechenland vorgesehene Maßnahmen kritisiert. Wie der Sonderberichterstatter von Havas meldet, werden darin die mancherlei Schwierigkeiten hervorgehoben, die sich bei Durchführung der französischen Maßnahmen ergeben können. Lord Curzon gibt dann selbst Vorschläge der englischen Regierung bekannt, und erklärt, daß es ratsam sei, die Rückkehr König Konstantins anzunehmen, wobei allerdings von Griechenland bestimmte Garantien geboten werden müßten.

London, 29. Nov. (WB.) Der italienische Minister des Auswärtigen, Graf Sforza, ist Sonntag Abend hier eingetroffen.

Südtirol.

Gutes Einvernehmen zwischen Italien und Deutschland.

Dr. Simons über Südtirol.

Berlin, 28. Nov. Auf die Anfragen verschiedener Abgeordneter hat der Reichsminister des Auswärtigen eine ausführliche Antwort gegeben, in der es unter anderem heißt:

Der Reichsminister hat den deutschen Botschafter in Rom beauftragt, der italienischen Regierung über keine Ausführungen zu wichtigster folgende Aufklärung zu geben. Die deutsche öffentliche Meinung ist in der letzten Zeit wegen der Abtretung Südtirols an Italien in steigender Erregung geraten. Es hätten Agitationen und Demonstrationen stattgefunden, auf die der Außenminister amtlich aufmerksam gemacht worden sei. Er habe es deshalb für nötig gehalten, in der Staatsrede zur Verhinderung der Entstehung einer nationalistischen Irredenta zu betonen, daß sich das Interesse Deutschlands an Südtirol auf kulturelle Beziehungen beschränke und darauf hingewiesen, daß die gegenwärtigen Grenzen Italiens anzuerkennen seien. Die deutsche Regierung glaube mit der italienischen Regierung in der Auffassung einig zu sein, daß der deutschstämmigen Bevölkerung Südtirols ihre Eigenart auf sprachlichem, geistigem und kulturellem Gebiet bewahrt werden soll. Der Botschafter in Rom hat daraufhin der italienischen Regierung eine entsprechende Mitteilung gemacht und überdies an den Herausgeber der Tribuna einen deutschen Brief gerichtet, worin er bestimmt versichert, daß der deutschen Regierung die Unterstützung einer Irredenta ganz fern liege. Man wisse bei uns, daß die unter italienischer Herrschaft stehenden Elemente andersprossidischer Bevölkerung stets feinfühlig behandelt worden sind. Uns komme es nur auf die Aufrechterhaltung der gefühlsmäßigen

Beziehungen zu den deutschstämmigen Bewohnern Italiens an. Und das habe der Minister sagen wollen. Er bitte im Interesse des guten Einvernehmens zwischen den beiden Völkern, auf das Deutschland größten Wert lege, die Rede des Ministers unter diesem Gesichtspunkt aufzufassen. Eine Abschrift dieses Briefes wurde dem Sekretariat des Zivillgouverneurs in Trient zugesandt. Der deutsche Botschafter hat weder einen Entschuldigungsbrief an den Zivillgouverneur geschrieben, noch die Lage der deutschen Einwohner von Südtirol für glänzend erklärt, noch die Worte des Ministers des Auswärtigen als sentimentale Äußerungen bezeichnet.

In den Großdeutschen Beiträgen macht F. A. v. Fischer-Poitzsch einen beachtenswerten Vorschlag, um aus den entstandenen Schwierigkeiten herauszukommen. Er schreibt u. a.:

Es fehlt in den Berliner amtlichen Stellen nicht an dem guten Willen richtig zu stellen. Aber man möchte — und darin hat man recht — doch auch wieder nicht die deutsch-italienischen Beziehungen stören und so ist leider zu befürchten, daß man schließlich zu dem beliebigen Mittel des „Gezettelns“ greift. Hier gilt ein herzhaftes Ja. Der Fall muß zu einer Klärung und Lösung der Kernfrage Deutschland und Südtirol benützt werden. Ist es denn so schwer, über die Klüft, die doch erst der Vertrag von Saint Germain zwischen Berlin und Rom aufriß, die Brücke der Verständigung zu ziehen?

Die überwältigende Mehrheit des Tiroler Volkes hat es zu seiner Ueberzeugung gemacht, daß, wenn durch einen Anschluß Österreichs Deutschland und Italien unmittelbare Nachbarn geworden sind, was ja diese beiden Staaten erstreben, Deutschland die Möglichkeit haben wird, Italien bei dem Wege beiderseitiger Verständigung, Deutsch-Südtirol bis Salurn dafür abtritt. Was hat dieser Satz für Rom „staatsgefährliches“? Nichts. Jeder, der Gelegenheiten hatte, mit italienischen Kreisen über Südtirol zu reden, wird erwidern haben, wie bereitwillig es von der anderen Seite ausgenommen wurde, wenn man statt zu „protestieren“, von einem möglichen „Geschäfte“ sprach. Diese Formulierung lehnt jede Politik der Irredenta ab, sie erstrebt vielmehr eine feste Verringerung und Ausgestaltung des deutsch-italienischen Verhältnisses, um jene Werte zu sammeln, mit denen man Deutsch-Südtirol einmal zurückkaufen kann.

Wenn deutsche Politik sich zu dieser, mit Tirol verwechselten Formel bequemen würde, dann wäre die Plattform geschaffen, auf der man von Berlin ohne jedes Mißverständnis nach Rom zu verstehen geben könnte, daß man mit Anteilnahme die Einlösung jener Versprechungen erwartet, die König und Kabinett den Deutsch-Südtirolern schon lange gegeben, daß die Quantität der zugewilligten Minderheitsrechte ihr Echo in Deutschland finden würden.

Wiedergewinnung Südtirols bis Salurn im Wege der Verständigung für Gegenleistung — das ist das Programm der Tiroler. Sie schaffen dadurch der Zukunft des Deutschen Reiches keine Diplomatenklemme, sie spannen im Gegenteil die Brücke aufrichtiger deutsch-italienischer Annäherung. Nur darf ein deutscher Botschafter nicht ihren Pfeiler sprengen!

Die Annäherung zwischen China und Sowjet-Rußland.

Die Sowjetregierung ist mit allen Mitteln bestrebt, eine Annäherung mit China zu erreichen. Während einer Abschiedsaudienz, die das Volkskommissariat des Auswärtigen am 31. Oktober der militärdiplomatischen chinesischen Mission gab, vermerkte der Chef dieser Mission, General Tschan-Su-Lin, wie die „Dzow Ja“ berichtet, „den kolossalen Umfang der schpferischen Arbeit, die Sowjetrußland in der kurzen Frist von drei Jahren bewältigt hat“. Der Volkskommissar Tschischerin äußerte während dem Gespräch u. a.: ebenso wie die russische Rote Armee die Befreiung von der ausländischen Intervention herbeiführte und Freiheit und Brüderlichkeit verleihe, möge auch die neue chinesische Armee China die Befreiung vom Joch der Ausländer bringen. China müsse sich den Kampf zur Lösung machen und der bisherigen Passivität ein Ende bereiten. General Tschan-Su-Lin erklärte in seiner Antwort u. a.: Die Lösung der Annäherung an Rußland mache mit jedem Tage Fortschritte und er sei fest davon überzeugt, daß die Annäherung zustande kommen werde. Was die Worte des Volkskommissars Tschischerin über die Notwendigkeit des Kampfes für China anbelange, so müsse er, Tschan-Su-Lin, gestehen, daß er diese Worte des Volkskommissars fest in seinem Herzen bewahren werde.

Am 2. November wurde General Tschan-Su-Lin von Lenin empfangen, der dem Chef der chinesischen Militärmission erklärte, daß der Ausbruch der chinesischen Revolution zu einer Revolution im gesamten Osten führen und den endgültigen Sturz des Weltimperialismus bedeuten werde. Tschan-Su-Lin dankte Lenin für seine Worte und erklärte, er hoffe, Lenin bald als Präsidenten der Weltrepublik begrüßen zu können.

General Tschan-Su-Lin ist bekanntlich nach Peking zurückberufen worden. Die „Dzowlija“ vom 9. November erklärte, daß es sich hierbei um eine Intrige Englands handle, das mit allen Mitteln bestrebt sei, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen China und Sowjetrußland hinauszuwickeln. Das bolschewistische Volkskommissariat des Auswärtigen hat unterdessen aus Peking die Mitteilung erhalten, daß der neuernannte chinesische Generalkonsul demnächst nach Moskau abreise.

Der Verrat der Tänzerin.

Helsingfors, 29. Nov. (WB.) Nach russischen Meldungen wurde die letzte gegenrevolutionäre Verschwörung in Moskau durch eine Tänzerin verraten, die in die Verschwörung eingeweiht war. Die Tänzerin wurde später ermürgt. Von den an der Verschwörung beteiligten Personen wurden 60 erschossen.

Rumänen und die kleine Entente.

wex. — Belgrad, 22. November 1920.

Von südlawischer Seite ist die Rückkehr des rumänischen Außenministers Take Jonescu mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Take Jonescu selbst hat keine Zweifel darüber gelassen, daß sein Ententeplan — die Schaffung des einheitlich orientierten Blockes vom Baltikum bis zur Adria und dem Ägäischen Meere als Barriere gegen Rußland und Deutschland und ein Bund der kleinen Staaten Zentral- und SüdEuropas mit ganz bestimmten, deutlich ausgesprochenen wirtschaftlichen und politischen Tendenzen nach dem Westen hin. Das letzte vor allem die Veröhnung der Tschecho-Slowakei mit Polen voraus, für die die tschechische Frage ein bisher nicht überwundene Schwierigkeit bildet. Nach den Informationen südlawischer Blätter ist in dieser Hinsicht in Prag verhandelt worden, ohne daß das gewünschte Resultat erreicht werden wäre. Die Berichte über den Prager und den Warschauer Aufenthalt des rumänischen Ministers zeigen nicht, daß derselbe eine tschecho-slowakisch-polnische Annäherung zu vermitteln imstande gewesen wäre, welche über den Austausch unverbindlicher diplomatischer Höflichkeit hinausgingen. Bezüglich des Eintrittes Polens in die kleine Entente nahm man in Prag eine zum wartende Stellung ein, in Warschau aber wurde dieser Eintritt freundschaftlich abgelehnt. Vielleicht damit im Zusammenhang steht auch die Nichterfüllung einer zweiten Erwartung, welche an den Prager Besuch des rumänischen Außenministers geknüpft wurde. Herr Dr. Benesch hat von seiner seitherzeitigen, dem Zustandekommen der kleinen Entente gewidmeten Reise aus Bukarest nicht alle jene bindenden Zusagen und gegenseitigen Verpflichtungen mitgebracht wie aus Besorad. Als die kleine Entente ins Leben gerufen wurde, bestand ursprünglich der Plan, derselben eine rumänisch-polnische Entente, welche durch einen späteren Eintritt Ungarns verstärkt hätte werden sollen, entgegenzusetzen. Anzigles Balnes hat sich Herr Take Jonescu mit dem demolieren französischen Ministerpräsidenten Millerand besprochen, und ist diesem Zeitpunkt seine Bemühungen um eine Erweiterung der kleinen Entente ein. Der Gedanke des rumänisch-polnisch-ungarischen Bündnisses schien aufgegeben. In Warschau ist dieser Plan nun wieder zum Leben erwacht, der eine Referre Herrn Take Jonescu für alle Fälle abildet zu haben scheint. Dadurch wird auch die Zurückhaltung Herrn Take Jonescu in Prag erklärlich, derzufolge es nicht zur Erweiterung der rumänischen Bundesverpflichtungen im Maße der Tschecho-Slowakei und Jugoslawiens gekommen ist.

Es ist nun die Möglichkeit der Bildung von zwei Gruppen gegeben, einer tschechisch-südlawischen und einer polnisch-rumänischen. Bleibt noch die Frage, was Ungarn und Griechenland tun werden. Der bulgarische Ministerpräsident Stombofeski weist noch außer Landes, um sich über die politische Gesamtlage zu informieren, man hält es aber für wahrscheinlich, daß Bulgarien sich über die Frage des Anschlusses an eine dieser Gruppen erst nach der russischen Klärung der Verhältnisse in Griechenland schlüssig werden wird, da der Umkehrung in diesen die Grundfragen der bisherigen Orientierung aller Mächte in den Balkanangelegenheiten wesentlich verschoben hat.

Die bayerische Einwohnerwehr.

München, 29. Nov. (Fr. Tel.) Der Chef der britischen Militärmission General Malcolm ist am Samstag in München eingetroffen. In Begleitung des Generals befindet sich seine Gattin und ein Adjutant. Alsobald nach dem Eintreffen in München hatte der englische General eine Aussprache mit Hofrat Gscherrich über die Einwohnerwehr und die Dringlichkeit der Sonntag galt einem Besuch des Königschlosses bei Reuschwanzstein und einem Automobilausflug in das oberbayerische Bergland. Heute Montag dürfte wahrscheinlich gegen Abend eine Aussprache zwischen General Malcolm und dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Raab stattfinden, zu der, wie die Münchner Zeitung berichtet, Hofrat Gscherrich zugezogen werden dürfte. Die Abreise des englischen Generals ist für Dienstag vorgesehen.

Nani Gschafflhuber.

Von Anna Maria von Ebel. Ein Wiener Roman.

21) (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Peter vergaß es ihm durch unerdrossenen Fleiß, und es sah aus, als ob er vorwärts kommen sollte. Peter Wendelin sagte: „Dann heiratete ich.“ Er konnte der kleinen Hofratsstocher nicht bekennen, wie entzückend die Frauen auf sein Leben gewirkt hatten, besonders die eine die Nani konnte es nicht herausbringen, was seine Frau vorher gewesen, denn er fand es unpassend, ihr von einer Chansonettenfängerin an einem Variete niedrigsten Ranges zu sprechen; aber daß er sechs Kinder hatte, erfuhr sie so nach und nach.

Nun wollte sie die Kinder kennen lernen. Er versprach, ihr seine Kellerei zu bringen, die Vna, seinen kleinen Engel. Warum nicht die anderen auch? Er blieb unerschütterlich, und sie zerbrach sich den Kopf über ein neues Rätsel. Er konnte ihr die Lösung nicht geben, er konnte ihr nicht sagen: weder diese Frau noch diese Kinder könnte ich in meiner Kade ertragen; aber es kam ihm dabei erst voll zum Bewußtsein, was diese Frau ihm angetan, und daß es vielleicht fremde Kinder waren, die seinen Namen trugen. Wäre diese Frau nur nicht so lücheltig schön — er kam nicht los von ihr!

Als er ihr die Vna brachte, erstrahlte die Nani: ein feinstämmiges, verträgliches Geschöpfchen war's, das aus selbstam tiefen, traurigen Aenderungen blühte; engnützig war es in ein rotes Sammetkleid, das seinen Buckel noch größerer erscheinen ließ. Die Nani dachte gleich an ein Hänschen, wie sie Mathilde Huber so entzückend für Minnis Kleister arbeitete. Sie überlief ihre Verfass: zwei Gulden Monatsgeld von der Mama, einen von der Kathi; dafür puchte die Hofratsstocher der Kathi jeden Morgen um sechs die nonnen Familienstiel blüht. Es war ein durchaus anständig verdientes Geld, denn der Brandnarrenstiel's Stiel war groß; die Kathi hatte das Eisefolpen immer für eine untergeordnete Arbeit angesehen, die Peter aber kam erst um acht, also viel zu spät dazu. Die Nani machte ihre Arbeit auch tadellos, man konnte sich spiegeln in den von ihr gepuhten Schuhen.

Drei Gulden also! Die Nani brachte der Mathilde Huber die Vna, die Aussicht auf drei Gulden am ersten und eine große Liebe ins Haus.

In welcher Richtung das Ergebnis der Berliner Besprechungen Dr. v. Raabs schließlich liegen dürfte, deutet heute die Münchner Zeitung an, nämlich, daß einerseits die Befestigung des Ruhrgebietes für die nächste Zeit hintergehalten zu betrachten ist und daß andererseits die bayrische Einwohnerwehrrage ihre Lösung durch eine Beschränkung ihrer Stärke, also eine Art Kontingentierung der Mitgliederzahl finden wird. Herr v. Raab dürfte nach seiner Sitzung in Berlin über seine Berliner Verhandlungen zunächst dem Ministerrat Bericht erstatten. Weiterhin wird wohl auch der Landtag informiert werden müssen. Es wäre möglich, daß eine Informierung der bayr. Volksvertretung in engerem Kreise erfolge, und zwar unter Hinzuziehung der Presse. Es geht nicht an, daß über die Frage der Einwohnerwehr die Öffentlichkeit noch länger im unklaren gelassen wird. Es muß hier eine offene Antwort erteilt werden, damit den Vermutungen und Gerüchten das Wasser abgegraben wird.

Reichsbeamtenlagung des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes.

Berlin, 28. Nov. Mit einem Begrüßungsabend im Beherrenvereinshaus wurde am Donnerstagabend die erste Reichsbeamtenkonferenz des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes eingeleitet. Die eigentlichen Verhandlungen finden im Abendsaal statt. Sie wurden heute früh um 9 Uhr durch den Verbandsvorsitzenden Scaruppe in Anwesenheit von etwa 100 Delegierten aus allen Teilen des Reiches mit dem Hinweis darauf eröffnet, daß der vor 20 Jahren ursprünglich nur von Eisenbahnerarbeitern gegründete Verband durch die Verhältnisse gezwungen worden sei, namentlich Beamte und Arbeiter der Eisenbahnerverwaltung gemeinsam zu organisieren. Die Verhältnisse der Beamten- und Arbeiterarbeit im Eisenbahnbetrieb seien völlig kongruent geworden.

Dann hielt der Landtagsabgeordnete Niede (Charlottenburg) einen zweiständigen Vortrag über „Beamtenpolitik im neuen Deutschland“. Er ging davon aus, daß die Umgestaltung der politischen Verhältnisse den Beamten grundsätzliche Änderungen sehr gänzlich gebracht habe. Die entsprechenden Vorschriften der Reichsverfassung seien bisher planlos geblieben. Statt einer großzügigen weltlichen Reform organisatorischer Natur erließen wir ein Wegeneinanderwischen der einzelnen Gruppen. Das ist umso bedauerlicher, als die wirtschaftliche Notlage der selbständigen Gruppen in der letzten Zeit zum Himmel schreit und eine beschleunigte Regelung verlangt. Selbstergebende Ausführungen wiewohl der Redner den Diätaren, deren Rechtsverhältnis ein überaus unsicheres sei. Allerdings sei das Rechtsverhältnis der gesamten Beamtenverhältnisse noch völlig ungeklärt. Die entsprechenden Verfassungsvorschläge sind bisher nur auf dem Papier. Das ist umso bedauerlicher, weil für den Wiederaufbau des Staates die Wahrung und Förderung des Eigeninteresses der Beamten zu den unüberwindlichen Hindernissen gehört. Der Redner entwickelte dann ein großes Programm für ein modernes Beamtenrecht und beschäftigte sich besonders eingehend mit der Frage, wie ein etwaiger Widerspruch zwischen Beamten- und Staatsverhältnis sei. An dem öffentlich rechtlichen Beamtenverhältnis und der daraus sich ergebenden festen Anstellung darf allerdings nicht gerüttelt werden. Der Beamte muß im Volkswohl in einem festen Rechtsverhältnis zum Staat stehen. Über dies Rechtsverhältnis müsse sich auf ein: dem Eigeninteresse entsprechenden freiwilligen Dienstverhältnis des Beamten zum Staat. Hierfür seien im eigenen Interesse des Staates die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. (Stürmischer Beifall.)

- Die reichshaltige Diskussion fand ihren Abschluß mit der Annahme der nachfolgenden grundsätzlichen Richtlinien:
1. Das öffentlich-rechtliche Anstellungsverhältnis ist beizubehalten.
 2. Im Sinne der neuen Reichsverfassung ist der Beamte und der Beamtenanwärter auch in arbeitsrechtlicher Hinsicht als gleichberechtigter Staatsbürger zu behandeln. Ohne die Wahrung und Förderung eines auf dem Rechte der Mitwirkung und Mitbestimmung beruhenden Eigeninteresses der Beamenschaft erscheint der Wiederaufbau des Eisenbahnerwesens undenkbar.
 3. Die aus dem öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnis für die Beamenschaft gegenüber Staat und Gemeinbewohler sich ergebenden Verpflichtungen bedürfen andererseits, daß Staat und Volksgemeinschaft der Beamenschaft eine sorgfältige und ihrer Ausbildung entsprechend gesicherte wirtschaftliche Existenz gemäße und die sozialen Verhältnisse dieser Bevölkerungsschicht als der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staatsgebotens so vorbildlich wie nur irgend möglich gestalten.
 4. Befolgungsgesetz und Befolgungsordnung sind organisch weiter zu vereinfachen.
 5. Die Frage des Beamtennachwuchses ist in ihren Grundzügen anzuhaltend, in ihrer Ausführung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen im Wege der Vereinbarung mit den Organisationen zu regeln.

Entscheidungen im Wege der Vereinbarung mit den Organisationen zu regeln.

Als für das Beamtenverhältnis in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen sind in einem einheitlichen, den modernen Verhältnissen angepaßten und weiterhin ausbaufähigen Reichsbeamtenrecht zusammenzufassen.

Letzte Meldungen.

Der Reichsverkehrsminister in Baden. & Heidelberg, 29. Nov. (Fr. Tel.) Gestern wollte hier der Reichsverkehrsminister Gräner, um im hiesigen Bahnhof die Betriebs- und Werkstättenanlagen zu besichtigen. Minister Gräner fuhr nach Karlsruhe weiter, wo heute die erste allgemeine technische Tagung mit Leitern der technischen Dienststellen der Reichseisenbahn stattfindet.

Die schlechte Getreideablieferung. Berlin, 29. Nov. (Von unv. Berl. Büro.) Im Reichstag haben heute vormittag die vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft anberaumten Verhandlungen mit den Vertretern der politischen Parteien und den beteiligten Organisationen namentlich aus der Landwirtschaft über die Frage der Verbesserung unserer Brotverorgung und Getreideablieferung begonnen. Eröffnet wurden sie mit einer Rede des Reichsernährungsministers Dr. Heime, in der er von der schlechten Ablieferung von Brotgetreide sprach. Die Reden des Reichsernährungsministers, dessen Rede nicht nur aus dem schlechten Zustand der Ernte herleitete, vielmehr fällt ein Teil der Schuld auch auf die landwirtschaftlichen Betriebe selbst, die sich von der Krankheit unter der Last dem lastenlosen Streben nach Gewinn erliegen lassen und sich ihrer Verpflichtung zur vollständigen Getreideablieferung zu entziehen begannen. Der Minister legte im einzelnen dar, daß die Entlastung nicht weitergehen könne, die letzten Landes zum Zusammenbruch der Getreideablieferung im gesamten Reich führen müßten.

Verhandlungen mit Kemal. Paris, 29. Nov. (WB.) Nach einem Havasbericht aus Konstantinopel reist eine Mission unter Djezz Balbach nach Angora, um mit Kemal zu verhandeln. Man hält dies in unterrichteten Kreisen für ein Mandat der Regierung, um Zeit zu gewinnen.

Frankreichs Reichtum an Kohlen. Paris, 29. Nov. (WB.) Das Echo de Paris veröffentlicht eine Regierungserklärung, aus der hervorgeht, daß die englische Regierung sich nicht mehr an ihre Verpflichtungen gebunden hält, die sie gegenüber der französischen Regierung hinsichtlich der Kohlenlieferungen eingezwungen war. Der französische Kohlenkommissar habe England tatsächlich angeboten, ihm seine Freiheit wieder zu geben, da Frankreich von der englischen Kohle nicht mehr vollkommen abhängig sei und habe neue Lieferträge für das kommende Jahr vorgelegt.

Eisenbahnquell-Diebstähle in Saarbrücken. Saarbrücken, 29. Nov. (Fr. B.) Wie die Saarbrücker Landeszeitung meldet, ist man bei der Eisenbahndirektion umhergekommen. Die Diebstahle auf die Spur gekommen. Die Diebstahle der Eisenbahnen seien bis in das vergangene Jahr zurückzuführen. Bis jetzt hat acht Personen verhaftet worden. Der Schaden, den die Eisenbahndirektion dadurch erleidet, wird auf viele Hunderttausende geschätzt.

Anarchistische Attentate in Spanien. Perpignan, 29. Nov. (WB.) Nach Berichten aus Barcelona wurden am Samstag mehrere anarchische Attentate verübt. Die Polizei mußte ein Gebäude, in dem sich die Urheber eines Angriffs auf einen Gendarm befanden, besetzen, förmlich belagern. Nach einem Kampfe, dem durch Neosterische 13 Personen verletzt wurden, konnten acht Verhaftungen vorgenommen werden. In Saragossa explodierte eine Bombe in einem Automobil.

Castel, 29. Nov. (B. B.) Der 24. Deutsche Ortskrankentag trat heute in der hiesigen Stadthalle zu einer Sitzung zusammen. Etwa 700 Vertreter der deutschen Ortskrankentassen waren anwesend, um zu den dringenden Fragen des Krankentassenwesens Stellung zu nehmen. Der heutige Vormittag brachte einen Vortrag über die erste Frage und die Tarifgemeinschaft mit dem Zentralverband der Ortsstellen. Der zweite Verhandlungstag ist den Fragen auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung gewidmet. Dem Deutschen Krankentassenverband gehören 2. St. 1400 Ortskrankentassen mit einem Mitgliedsbestand von 8 Millionen an.

Denn als die Mathilde Huber das vermaßene, vernachlässigte, verelendete Kind sah, tat ihr Herz ein Ruckert, das brach sie nicht zu beschwichtigen durch ihren Verstand, denn die Mutterliebe ist niemals ein Unsiin, auch nicht für ein lahmes Frauzenzimmer. Mit wissenden Händen nahm die Mathilde Huber die Schattensprache in Pflege, und die Vna Wendelin begann ganz schüchtern, ganz leicht auszubilden. Die Nani aber merkte es bald. Sie hat so glänzende Haare bekommen, Tante Mathilde, und rote Wangen. Du bist ja wie die Fee aus dem Märchen von der Rahnadel, die Fee Herzengroß, weißt Du?

Die Mathilde Huber auf ihrem Rollstuhl lächelte selig. Endlich merkte es auch Peter Wendelin. Er sagte nichts zu Nani, aber er blieb nun immer eine halbe Stunde länger da und spielte ihr etwas vor. Er fand es anständig, ihr seine Dankbarkeit auf diese Weise zu zeigen.

Es kamen ere gnoreiche Zeiten für die Nani Gschafflhuber. Arnold blieb nach seinem glänzend bestandenen Profittum dabei, sich nicht gleich in Wien als Arzt niederzulassen, obwohl ihm die leuchtenden Aussichten winkten, sondern erst die Rolle in fremde Lust zu setzen; sie schloß das Wierunungsorgan für die heimliche, bedrückte er. Es gab einen großen Hammer im Hause Brandnarren, als er nach Deutschland reiste, um später auch in der Schweiz tätig zu sein. Die Nani ging drei Tage mit verschönten Augen umher, bis sie den ersten Brief den Nezen wieder in Sonnenschein vermandelte.

Dann kam die Viktradiel brachte es doch der dumme Sub richtig noch, freilich, knapp vor der Matura aus der Realschule zu liegen, weil man ein Heft voll Kritzele und voll Karikaturen bei ihm fand. Er halle sich nichts dabei gedacht, als er das ganze Lehrerkollegium, den Direktor mit einschlossen, aufs Korn genommen. Dafür dachten sich die Betroffenen um so mehr, und daß die Satire so treffend war, das war das Unvergleichliche an der Sache. Der arme Herr Hofrat mußte sein eigenes Ansehen und alle seine Verbindungen zum Unterrichtsministerium aufgeben, damit der Etand das blüh mit Vns Hilschweigenber Conternum endete. Er war noch aus den Augen, der arme Herr Hofrat. Und es kam nun mit dem dummen Nani? Er wollte Schulmeister werden. Auch das noch! Die Tante Vna lächelte ironisch. Wohlwollige Erziehungsmittel! Oskl Ebi gubert's lächeln, er stauhe viel selbst erlesenes Talent dran. Dafür Luchte ich ihm recht. Auf den Pöbeln lauert überall die Gefahr des Strangens, in einem Kreni h'rerefchen Barufe am malten. Ankerde er offen in einem Gespräch, das er mit der Nani mit dem Herrn Hofrat hatte. Die Mama trug wieder in be-

schämtem Schuldewußtsein ihr Bauerblut in den Adern, diesen unerbittlich leitstimmigen Keit, der ihr sogar ein Traum ihren Vni auf der Bühne des Burgtheaters zeigt, zwischen Löwe und Dozent. Mein Gott, wäre das wirklich ein so großes Unheil? Der Herr Hofrat aber neidamte Vni aus seinem Angesicht, bis er zur Vernunft gekommen sei. Die Kathi streite ihm viele Trostspender zu — dem armen Vben, der doch nicht dafür konnte, wenn sein Bestand etwas dünner war als bei den anderen Brandnarrenkindern. War hätte das Blut sehen sollen aus dem Loch im Kopf domals? Nani oder Rossmannstand? Der arme Herr Hofrat wählte in schummerigen Nächten diese Frage in seinen Gehirn. Für ihn gab es nur einen Stand, für ihn lang der Mensch eigentlich erst mit dem t. t. Beamten an; selbst Vna war für ihn in gewissem Sinne ein Entgelter, nur Vna war so ganz der Sohn sein's Herzens.

Sie fürchteten für Vns Leidsam die Gefahren des bunten Kodes; so kam er als Volontär in ein Bankhaus. Die Nani hatte hin und her zu laufen, Erwägungen zu bewerkeln, Jorneausbrüche zu dämpfen, und erwarb sich in dieser Zeit den Titel eines Beschwichtigungsrats. Raum war die Sache mit dem Vni etwas beigelegt, nahm die Kathi die Nani in Anspruch.

Die Kathi bekam nämlich einen Brief, von dem der Vna bote ihr sagte, es stehe „eilig“ am dem Umfah. Nani konnte die Kathi nur Zahlen lesen, alles Briefliche tat; ihr blieben eine Kartenklänerin besorgt, die weit weg am anderen Ende der Stadt wohnte und auf die ihre Herrschaft sehr stolz zu sprechen war, denn es war doch höchst sonderbar, daß die Kathi sich in all den Jahren nichts erpart hat. Es sah genich einen Strauß mit der Erzählung, wenn sie sich freudig um zu „ihrer lauberen Freundin“ zu gehen, wie die Kathi lösen würde. Bis zum nächsten Aussehler aber wollte sie mit dem eiligen Brief nicht warten. Darum hat die Kathi die Nani, ganz heimlich zu ihr zu kommen, wenn alle lobten neanzen wären, konnte die Nani zwei mal zu, Nani hat die Kathi über die Einsideiten und ließ die haunende Nani ihr den eiligen Brief vorlesen.

Hochgeehrtes Fräulein Tante! Schreibe ich heute wegen die Papi, hat sich Vni, dummes Mensch, mit dem Hilschuster verprochen. Hat Hilschuster acht Kinder, tote Frau, ein Vni, mo ist, schält, arbeits und ein Bett. So ich; Vni, ich Hilschuster laufen, betrunken nur Elend. So ich; Vni, ich Hilschuster arret. Nani, Hilschuster heiraten oder will ich zur Mutter nach Vni. Vni, ich Hilschuster, will ich nicht mehr ledig in Vni, ich Hilschuster, seit Vni mit Stubenmädchen geht, sagt Papi. Hat Papi

Straßenbahnkartell, Freifahrten und Preisermäßigung.

Es geht zu machen jedermann, ist eine Kunst, die niemand...

Da wäre nun die Frage zu beantworten, ob die Gewährung...

Die Arbeit eines Stadtrates und eines Stadtvorstandes wird...

Man hat Herrn Hauptmann gelübt. Hat hochgehört...

Hochachtungsvoll ergebenster Repomut Posschl.

Vom Weihnachts-Büchermarkt.

Unter den Frauenbüchern, die wir für diese Umschau aus...

Das gibt manchmal nicht nur Ärger und Betruß, sondern auch...

Und nun zu den Fahrpreisermäßigungen. Daß den Arbeitern...

Der Körperausdruck allein hat es in der Hand, diese Ver...

Wirtschaftliche Fragen.

Erfahrung für Wertpapiere.

Die Reichspolizeiverwaltung, die bisher bei der Schadenersch...

Städtische Nachrichten.

Vermehrung der Schwierigkeiten in der Stromversorgung.

Die Direktion der südlichen Wasser-, Gas- und Elektrizitäts...

Mit dieser Entlastung hoffen wir es bei den bekannt gegebenen...

Waldhof von 10,30 bis 12,00 Uhr vormittags. Der übrige Teil des...

Der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Hülfs...

Ph. Entwendung von Liebesgaben. In der Zeit vom 28. 11....

Vereinsnachrichten.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten G. u. K. In der am Mittwoch...

Die Organisation ehemaliger Kriegsteilnehmer, entlassen vor dem...

Die Gesellschaft „Unser Haus“ Mannheim, die sich hier am...

Werte im Rahmen der Zeit- und Literaturgeschichte widmet Hans...

Berliner Theater.

Strindbergs „Frau Margit“.

Vor Jahren wurde das Stück schon im Schillertheater gegeben...

am Eingang, die herrliche Rede des ersten Vorsitzenden, Herrn Carl ...

Veranstaltungen.

19. Heiliger Abend im Riedelengarten. Eine sehr große Zahl ...

Aus dem Lande.

2. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Der letzte Haus ...

1. Heilberg, 20. Nov. Infolge starken Abfalls ...

1. Heilberg, 20. Nov. Infolge starken Abfalls ...

1. Heilberg, 20. Nov. Der Stadtrat stimmt der Auf ...

Nachbargebiete.

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

Kunst und Wissen.

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

deutschen Gerichtsbehörde zu Reaktion ausgetrieben, von wo er ...

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

Gerichtszeitung.

Mannheimer Schöffengericht.

Ein bewegtes Schicksal hatte eine Brillenfabrik, in die am ...

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

Sportliche Rundschau.

Erfolgreiche Fahrtenrückfälle 1920.

Die im Jahre 1919 von Frh. G. H. von Oppenheim mit 635 300 ...

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

Mitteilungen.

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

Staatshaus.

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

vorzuziehen können. Die Zwangsmaßnahme für Berlin soll ...

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

Redaktion.

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

Schwimmen.

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

Gesetz.

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

Briefkasten.

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

Wetterdienstnachrichten.

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

Table with weather data for various locations including Hamburg, Berlin, Frankfurt, etc.

1. Heilberg, 20. Nov. (Bris.-Tel.) Am Samstag morgen ...

